

Claus Leggewie

Von der Katastrophe zur Transformation

Auch wenn es fatal ist und zynisch klingt: Der atomare GAU in Fukushima hat das berühmte Gelegenheitsfenster aufgestoßen, der Welt, wie wir sie kannten, ein Ende zu bereiten. Die Chance für einen neuen politischen und wirtschaftlichen Unternehmergeist ist da. Oder muss man bereits sagen, die Chance, sie *war* da? Denn schon droht sich das „window of opportunity“ wieder zu schließen, haben die rechten Buchhalter und linken Bedenkenträger der alten Ökonomie begonnen, die Chance niederzureden – und erst recht die Interessenvertreter und Vetospieler des altindustriellen, nuklear-fossilen Komplexes.

Dagegen kann nur politische Führungskraft in Berlin und Brüssel helfen. Doch ohne Druck von unten wird diese nicht zustande kommen. Dazu muss sich das Pathos der Anti-AKW-Bewegung, die das nackte Leben verteidigt, paaren mit praktischer Konsumkritik und selbsttätigem Wandel der Lebensstile. Eine andere Welt ist möglich, darauf gilt es zu insistieren.

Robert Musil hat in seinem „Mann ohne Eigenschaften“ den Möglickeitsinn erkundet, das heißt „alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken, und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.“ Aus zeithistorischer Perspektive betrachtet, bedeutete dies seinerzeit freilich Mathematik, Technik und Krieg – und viel weiter sind wir „antiquierten Menschen“, realistisch betrachtet, ein Jahrhundert später auch nicht.

Ein Anwendungsgebiet der Mathematik ist die Berechnung der Wahrscheinlichkeit, mit der bestimmte Dinge – Lottogewinne, schwarze Schwäne oder eben auch AKW-Havarien – ein-

treten können. Die vielen Nullen, die gegen dieses Eintreten sprechen, haben nie ausgeschlossen, dass es dennoch der Fall wurde – wie nicht erst das Beispiel Fukushima bezeugt.

Plausibilität beziehen Prognosen daher nicht nur aus der Wahrscheinlichkeitsrechnung, sondern gerade aus der Möglichkeit, dass unwahrscheinliche Katastrophen eintreten *können*. Lee Clarke, Soziologieprofessor an der Rutgers University, kritisiert daher die Normalitätsfixierung von Gesellschaft und Gesellschaftswissenschaften, die sich auf „häufige“ Phänomene kaprizieren und rare Erscheinungen wie Katastrophen und andere Extremereignisse technischen Hilfswerken, Krisenmanagern und Priestern überlassen.¹ Dabei lehren, wie wir gerade schmerzhaft erleben, vor allem extreme Ausnahmen etwas über die Normalität von Lebenswelten, die heutzutage immer häufiger in gefährlichen Zonen angesiedelt sind. So lebt eben nicht nur ein Großteil der Japaner, sondern auch die Hälfte der Bevölkerung Floridas an einer Küste, an der sie Hurrikanen und dem Anstieg des Meeresspiegels ausgesetzt ist. Und dieser Trend der Wahrscheinlichkeit von Katastrophen nimmt jährlich und global zu – so sehr wir das zu verdrängen wünschen, um zu unserer längst nicht mehr vorhandenen „Normalität“ zurückzukehren.

Das „Normale“ ist das Verrückte

Immerhin hat Fukushima die Aufmerksamkeit für die hochgradige Verletz-

1 Lee Clarke, Possibilistic Thinking. A New Conceptual Tool for Thinking about Extreme Events, in: „Social Research“, 3/2008, S. 669-691.

lichkeit unserer Gesellschaften erhöht – und damit auch die Chancen für den „Possibilismus“, den Sinn für das Mögliche: Dinge, die noch nie passiert sind, geschehen nämlich in Wirklichkeit alle Tage. Dass Paranoiker dies ins Zentrum ihres Denkens rücken, spricht nicht dagegen; sie verweisen im Übrigen nur auf die tatsächliche Verrücktheit der meisten Rationalitätskalküle.² Als „verschwindend gering“ wurde die Möglichkeit einer Kernschmelze in Harrisburg, Tschernobyl, Fukushima (und Biblis) eingestuft.

Unrealistisch schienen bisher auch alle Ausstieg- und Umstiegszenarien, die man den Pfadabhängigkeiten des alten Industrialismus entgegenhalten konnte. Fukushima hat nun – endlich – den Fokus verschoben. Plötzlich erscheinen mögliche Welten auch jenseits der Katastrophe plausibler. Der vermeintliche Realismus der AKW-Lobby wurde Lügen gestraft; realistisch sind nun mit einem Schlag alle Pfade alternativer Technologien und Infrastrukturen, die bisher als zu teuer galten. Das befreit das Politische aus dem von Margaret Thatcher bis Angela Merkel behaupteten Dogma der Alternativlosigkeit.

„Die alte Welt liegt im Sterben, die neue ist noch nicht geboren: Es ist die Zeit der Monster“, charakterisierte Mussis italienischer Zeitgenosse Antonio Gramsci die Zeit des Übergangs nach dem Ersten Weltkrieg. Er stellte die für die kulturelle Gegenwartsdiagnose zentrale Frage nach der Hegemonie: Wer herrscht, wer führt – und wer nicht mehr? Und wie kommen und wer setzt Transformationen in der Geschichte in Gang?³

Gramsci ist heute wieder höchst aktuell: in einer historischen Lage, die in einem ähnlichen oder noch radikaleren Wandel stehen könnte als 1918/19 – allerdings ohne dass, wie damals, in Ge-

stalt einer revolutionären Arbeiterbewegung ein kollektiver Akteur bereitstünde, der diesen Wandel vorantreiben und gestalten könnte. Gramsci widersetzte sich dem damals wie heute herrschenden Geschichtsobjektivismus und Wirtschaftsmaterialismus und stellte ihnen den Eigensinn kulturellen Wandels entgegen. Dazu zählen neue Lebens- und Sichtweisen, die die Welt als gemacht und damit auch veränderbar und willentlich gestaltbar erkennbar machen. Hieran gilt es anzuknüpfen – mit Blick auf Fukushima wie auch auf die weiter drohende Klimakatastrophe.

Die Energiewende als moderne Friedenspolitik

In der notwendigen Energiewende fallen der Kampf gegen die Atomkraft und gegen die Klimaerwärmung zusammen: Die Energiewende kann nämlich weit mehr sein als technische Reparatur und Aufrüstung. Sie legt neue Ordnungsmuster in den Nationalstaaten nahe und eröffnet Kooperationschancen für die Weltpolitik. Ja, die erforderliche Energiewende kann sogar zur Friedenspolitik für das postideologische Zeitalter werden – denn eine drohende Naturgefahr versetzt die Menschheit in ein Verhältnis wechselseitigen Nutzens und globaler Solidarität.

Auf den ersten Blick scheint das wieder utopisch. In Sachen Ausstieg aus der Atomkraft wie auch in der Bekämpfung des Klimawandels entdecken die Buchhalter und Bedenkenträger längst wieder vornehmliche Konflikte am Horizont: Der Ausstieg in einem Land befördere lediglich den globalen Hunger nach Energie, auch nach atomarer. Kurzfristig gedacht mag an diesem Argument etwas dran sein, langfristig ist es fatal, wenn es nämlich den dringend erforderlichen Umbau verhindert.

Hier aber beginnt der von Gramsci beschriebene Deutungskampf um die kulturelle Hegemonie. Heute nämlich ist, auch was die Energieversorgung

2 Manfred Schneider, *Das Attentat. Kritik der paranoischen Vernunft*, Berlin 2010.

3 Antonio Gramsci, *Gefängnishefte*, 10 Bde., Berlin/Hamburg 1991-2002.

betrifft, eine andere Welt längst möglich und beileibe keine Utopie mehr. Der Komplettausstieg aus der nuklear-fossilen Energieproduktion wie auch die Vollversorgung mit erneuerbarer Energie ist nicht nur in Deutschland, sondern auch weltweit bis spätestens 2050 möglich – wenn man es denn will.

Deutschland ist aufgrund seiner grünen Vorreiterrolle im politischen, aber auch im ökonomischen Bereich wie kein anderes Land geeignet, die Rolle des Tempomachers zu übernehmen. In Deutschland können wir bis spätestens 2020 ohne übermäßige Probleme vollständig aus der Atomenergie aussteigen. Das belegt minutiös das soeben veröffentlichte Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen.⁴ Dafür bedarf es allerdings eines stark beschleunigten Ausbaus der erneuerbaren Energien, vor allem der Windenergie auf Nord- und Ostsee. Eine große Kraftanstrengung erfordert auch der Ausbau der Netze und neuer Speichertechnologien, um die unregelmäßig anfallende Energie aus Sonne und Wind vorrätig zu halten. Auf diese Weise wird der in Wind- und Solarkraftwerken erzeugte, erneuerbare Strom künftig das Rückgrat der gesamten Energieversorgung darstellen und große Teile der fossilen Quellen ersetzen. Das Hightech-Ländle Baden-Württemberg unter seinem neuen grünen Ministerpräsidenten könnte für diese energetische Zukunft ohne Kohle, Öl und Atom zum innovativen Labor werden.

Ein neues demokratisches Tauschgeschäft

Was für diese gewaltige Transformation der Industriegesellschaft allerdings benötigt wird, ist ein neuer Gesellschaftsvertrag. Damit der Umbau des Energiesystems gelingen kann, brauchen wir – das hat das Beispiel Stuttgart 21

gezeigt – ein neues demokratisches Tauschgeschäft, nämlich erweiterte Partizipation gegen freiwillige Selbstbeschränkung. Die Politik muss die Bürgerinnen und Bürger viel umfassender und früher als heute in die Planung einbeziehen – durch umfassende Gesamtkonzepte mit echten Wahlmöglichkeiten und neue demokratische Institutionen wie Ombudsleute und Zukunftskammern. Als Gegenleistung für diesen Zuwachs an Mitwirkung müssen die Bürger aber auch die Selbstbeschränkung ihrer Aufschiebe- und Verweigerungsmöglichkeiten akzeptieren. Denn natürlich ist die Energieverwendung keine bloße *Win-win*-Situation; sie bringt nicht nur Vorteile mit sich, sondern auch erhebliche Kosten. Insgesamt steht unser ganzer heutiger atomar-fossiler Lebensstil zur Disposition.

Denn Fukushima hat gezeigt: Ökosysteme kennen kein „Ausland“. Ihre Bedrohung – nichts zeigt das deutlicher als das in alle Richtungen strahlende, verwüstete AKW – hat die Welt zum Dorf gemacht und die Rede von der Weltgesellschaft real werden lassen.

Staaten gehen angesichts dieser „geotopologischen Revolution“⁵ in die Defensive, doch verschärft das nur die Katastrophe. Diese betrifft nämlich sämtliche globale Kollektivgüter, die sogenannte globale Allmende. Deren Tragödie besteht darin, dass durch ihr Herunterwirtschaften alle verlieren: *Alle* werden durch den Meeresspiegelanstieg verlieren, wenn in der Atmosphäre zu viel CO₂ deponiert wird; *keiner* gewinnt, wenn die letzten Regenwälder abgeholzt sind.

Global tätige Unternehmen haben in den letzten Jahren vorexerziert, wie man transnationale Politik macht – leider allzu oft auch zu Lasten der Umwelt. Zurückgeblieben sind Politik und Diplomatie, die in der Illusion nationalen

5 Birger P. Priddat, Klimawandel: das Ende der geotopologischen Identität, in: Harald Welzer, Hans-Georg Soeffner und Dana Giesecke (Hg.), KlimaKulturen. Soziale Wirklichkeiten im Klimawandel, Frankfurt a. M. 2010.

4 Dokumentiert auf www.blaetter.de.

Durchwursteln befangen bleiben, und das System der Vereinten Nationen, das sich in zentralen Fragen durch die Einstimmigkeitsregel selbst blockiert. Darin besteht heute das globale „Kooperationsparadox“: Während in der Ära des Kalten Krieges politisch, ideologisch und militärisch tief verfeindete Staaten unter dem Damoklesschwert der atomaren Selbstvernichtung zur Zusammenarbeit fanden, finden wir heute, angesichts einer gemeinsam erkannten Gefahr, nicht die Mittel zur echten Kooperation. Das aber ist außerordentlich kurzsichtig und gefährlich.

Denn globale Kooperation ist angesichts der gewaltigen Herausforderungen und des enormen Zeitdrucks nicht nur moralisch geboten, sie bietet auch eine große Reihe von Vorteilen. Diese beginnen mit den Renditen einer „grü-

nen Ökonomie“, sie bieten aber vor allem den Jungen in den reichen und armen Ländern unternehmerische Perspektiven und dem globalen Süden die Chance für einen großen Sprung nach vorn. Deshalb müssen auf der internationalen Ebene endlich die für die Transformation zentralen Arenen globalen Regierens aufgebaut werden.

Es ist dringend geboten, dass die Menschheit endlich kollektive Verantwortung für die Vermeidung planetarischer Risiken übernimmt. Die dafür nötige große Transformation erfordert zum einen die freiwillige Beschneidung von Optionen herkömmlichen Wirtschaftswachstums zugunsten der Sicherung von Freiheitsspielräumen der davon heute schon betroffenen Teile der Menschheit und vor allem der künftigen Generationen. Zum anderen aber erfordert dies einen starken Staat, der ausbalanciert werden muss durch erweiterte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.

Gefragt sind heute nicht nur visionäre globale Zusammenarbeit, sondern auch deren nüchterne Architekten. Die Friedenspolitik der 70er Jahre brachte Staaten zum „Wandel durch Annäherung“ – damals mussten die Demokratiebewegungen in Danzig, Prag und Leipzig warten. Heute reklamieren überall auf der Welt Demokratiebewegungen einen politischen Wandel, der keineswegs nur die überholten Herrschaftsstrukturen im Inneren, von Gaddafi bis Berlusconi, zum Einsturz bringen wird, sondern auch die Chance bietet, zugleich die Strukturen und Routinen globalen Regierens zu verändern.

Denn umso demokratischer die Welt wird, desto eher wird auch eine neue Ära globaler Kooperation möglich, die sich endlich der drängenden Probleme des Planeten annimmt und kommenden Generationen im Süden wie im Norden eine faire Chance guten Lebens lässt. Von dieser Euphorie müssen wir uns auch in Deutschland endlich anstecken lassen: Der Wandel ist machbar, eine andere Welt bleibt möglich.



Strahlen für die Ewigkeit Das Atom-Dossier

Reinhard Loske:

Alles anders nach Fukushima? (4/2011)

Hermann Scheer:

Die Zeit ist reif: Atomausstieg jetzt! (4/2011)

Jochen Stay:

Der Kampf um Gorleben (1/2011)

Sylvia Kotting-Uhl:

Leeres Versprechen Kernfusion (8/2010)

Wolfgang Ehmke:

Kontaminiert in Ewigkeit (10/2009)

Gerd Rosenkranz:

Die Mythen der Atomindustrie (12/2008)

und viele andere...

Gratis herunterladen auf www.blaetter.de